Kultur- und Tourismusinfrastruktur stärken

Drucksache **8/2300** · eingebracht 2026-01-20 — Antragsteller: **AfD**

Kultur | Tourismus | Kommunen | Infrastruktur

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD fordert die Aufnahme von Kultur- und Tourismusinfrastruktur als expliziten Förderbereich im LuKIFG und die Entwicklung eines gemeinsamen Investitionsplans für Paretz und Rheinsberg zur Steigerung regionaler Wertschöpfung.

KERNFORDERUNGEN

- Förderrechtliche Verankerung im Bundesgesetz
- Regionale Investitionsplanung mit SPSG und Kommunen
- Wirtschaftliche Nutzung historischer Kulturgüter

BEWERTUNG

5.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag fördert soziale öffentliche Leistung (D4) durch Stärkung kommunaler Kultur- und Tourismusinfrastruktur als Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Er stärkt auch Transparenz & Mitbestimmung (D5) indirekt über regionale Wertschöpfung und partizipative Planung mit Kommunen und Wirtschaft. Allerdings fehlt ein expliziter Bezug zu ökologischer Nachhaltigkeit (C3/E3) und sozialer Gerechtigkeit (D4) hinsichtlich Zugänglichkeit, Inklusion oder Arbeitsbedingungen. Die Fokussierung auf wirtschaftliche Umwegrentabilität ohne gemeinwohlbezogene Qualitätskriterien schwächt die GWÖ-Treue.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Fokussierung auf kommunale Handlungsfähigkeit
- Empirische Fundierung durch Uni-Potsdam-Studie
- Pragmatische Kooperationslogik mit SPSG und Wirtschaft

Schwächen

- Fehlender ökologischer Bezug
- Keine sozialen Qualitätsstandards (Zugänglichkeit, Inklusion, Arbeitsbedingungen)
- Keine Verbindung zu kultureller Bildung oder Gedenkkultur

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	-	·
D · BÜRGER:INNEN	·	·	·	+	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	-	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +2`

Kultur- und Tourismusinfrastruktur als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge

D5 **Transparenz & Mitbestimmung** `Bewertung: +2`

Zusammenarbeit mit Kommunen, SPSG und regionaler Wirtschaft bei Investitionsplan

E3 **Ökologische Nachhaltigkeit über Grenzen hinaus** `Bewertung: -2`

Keine Berücksichtigung von Klimaschutz, Ressourceneffizienz oder Biodiversität in Tourismusentwicklung

C4 **Soziale Gerechtigkeit in Verwaltung** `Bewertung: -1`

Keine Regelung zur tariflichen Absicherung, Geschlechtergerechtigkeit oder inklusiver Gestaltung der Kulturangebote

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

SPD

WAHLPROGRAMM 6/10

Der Antrag korrespondiert partiell mit SPD-Zielen zur Stärkung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor (Q14) und zur regionalen Wertschöpfung im ländlichen Raum (Q11), widerspricht aber dem SPD-Fokus auf kulturelle Bildung für alle Kinder (Q12) und sozial gerechte Infrastruktur. Kein Bezug zu Gedenkstätten oder soziokultureller Arbeit.

> „Der Tourismus in Brandenburg ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er leistet einen erheblichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung, sorgt für Lebensqualität und trägt maßgeblich zum Erhalt von Infrastrukturen im ländlichen Raum bei."
> SPD Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 10

PARTEIPROGRAMM 5/10

Das Hamburger Programm betont Sozialstaat und Bildung als Schlüssel (Q20), aber nicht Tourismus als Standortpolitik. Der Antrag bleibt im sozialstaatlichen Rahmen neutral, da er keine soziale Absicherung oder Verteilungsgerechtigkeit thematisiert.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag entspricht nahezu wörtlich den AfD-Kernpositionen: Ausbau der Tourismusinfrastruktur (Q1), Denkmalschutz als Identitätsanker (Q3), Stärkung der Kommunen gegen chronische Unterfinanzierung (Q5) und Förderung regionaler Wertschöpfung. Auch die Forderung nach Bundesratsinitiative spiegelt die AfD-Forderung nach stärkerer kommunaler Handlungsfähigkeit wider.

> „25 Brandenburg ist schön, lasst es uns der Welt zeigen Wir setzen uns dafür ein, die brandenburgische Tourismusinfrastruktur auszubauen."
> AfD Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 25

> „AfD nimmt den Denkmalschutz sehr ernst, da unsere Geschichte ein integraler Bestandteil unserer nationalen Identität ist."
> AfD Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 58

PARTEIPROGRAMM 8/10

Das AfD-Grundsatzprogramm fordert Subsidiarität (Q9), Stärkung der Kommunen (Q6), Kultur als Pflichtaufgabe (Q7) und Kulturpolitik an fachlichen Kriterien statt politischen Opportunitäten (Q8). Der Antrag folgt dieser Logik konsequent — allerdings ohne expliziten Verweis auf 'fachliche Qualität' oder 'kulturelle Identität', was den Score leicht mindert.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM 7/10

Der Antrag passt zum CDU-Wahlprogramm NRW 2022 hinsichtlich Kulturförderung als Standortpolitik, Technologieoffenheit und Infrastrukturausbau. Allerdings fehlt der Bezug zu 'Schöpfungsverantwortung' (Umwelt) und 'Familie als Fundament' (soziale Dimension). Keine Quellen aus Brandenburg verfügbar — Bewertung basiert auf NRW-Programm als nächster Proxy.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 7/10

CDUs Grundsatzprogramm 'In Freiheit leben' (2024) betont Subsidiarität, Schöpfungsverantwortung und soziale Marktwirtschaft. Der Antrag unterstützt Subsidiarität (Kommunen als Akteure) und Marktwirtschaft (Wertschöpfung), vernachlässigt aber explizit ökologische Verantwortung — daher kein Volltreffer.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

WAHLPROGRAMM 4/10

Der Antrag berührt zwar das BSW-Thema 'Lebenswerte Kommunen' (Q22) und die Förderung von Kultur (Q21/Q24), widerspricht aber dem BSW-Fokus auf soziale Zugangskomponenten (Q23), tarifanaloge Absicherung freier Lehrkräfte (Q23) und kulturelle Vielfalt (Q24). Kein Bezug zu soziokulturellen Mechanismen oder UNESCO-Konvention.

> „1. Lebenswerte Kommunen In Städten und Dörfern erleben die Menschen unmittelbar, was Demokratie und Mitbestim- mung bedeuten."
> BSW Brandenburg Wahlprogramm 2024, S. 9

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: im Bundesrat sich dafür einzusetzen, die „Kultur- und Tourismusinfrastruktur“ ausdrücklich als Förderbereich in § 3 des Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes aufzunehmen

> im Bundesrat sich dafür einzusetzen, die „Kultur- und Tourismusinfrastruktur“ unter Einbeziehung ökologischer Standards, barrierefreier Zugänglichkeit und sozialer Teilhabe ausdrücklich als Förderbereich in § 3 des Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes aufzunehmen

Begründung: Stärkt GWÖ-Werte Ökologische Nachhaltigkeit (E3), Soziale Gerechtigkeit (D4) und Transparenz & Mitbestimmung (D5)

Vorschlag 2 von 3

Original: in Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG), der betroffenen Kommunen sowie Vertretern der regionalen Wirtschaft einen Investitionsplan auf Grundlage der Studie der Universität Potsdam zu entwickeln

> in Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG), der betroffenen Kommunen, Vertretern der regionalen Wirtschaft sowie lokalen Kultur- und Soziokulturinitiativen sowie Umweltverbänden einen Investitionsplan auf Grundlage der Studie der Universität Potsdam zu entwickeln

Begründung: Erweitert Partizipation (D5) und integriert ökologische (E3) sowie soziale (D4) Perspektiven

Vorschlag 3 von 3

Original: Die Studie zeigt, dass die Standorte Paretz und Rheinsberg wirtschaftliche Impulse jenseits großer Städte setzen, da sie von Touristen „gezielt angesteuert“ werden.

> Die Studie zeigt, dass die Standorte Paretz und Rheinsberg wirtschaftliche Impulse jenseits großer Städte setzen, da sie von Touristen „gezielt angesteuert“ werden — und dass diese Impulse nur dann langfristig wirken, wenn sie ökologisch verträglich, sozial inklusiv und kulturell vielfältig gestaltet sind.

Begründung: Verankert GWÖ-Werte Ökologische Nachhaltigkeit (E3), Soziale Gerechtigkeit (D4) und Solidarität (D2) im Kernargument

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen die Empfehlung dieses Werkzeugs — Empfohlen: Unterstützen mit Änderungen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · BB8-28

Original-Antrag

Drucksache 8/2300

Kultur- und Tourismusinfrastruktur stärken

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Landtag Brandenburg **Drucksache 8/2300**
8. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Kultur- und Tourismusinfrastruktur stärken

Der Landtag stellt fest:

Die freiwilligen Leistungen für Kultur und Tourismus stehen wegen der finanziellen Schwierigkeiten der deutschen Kommunen infrage. Dies hat unmittelbare negative Auswirkungen auf den Erhalt kultureller Standorte.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. im Bundesrat sich dafür einzusetzen, die „Kultur- und Tourismusinfrastruktur“ ausdrücklich als Förderbereich in § 3 des Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes aufzunehmen,

2. in Zusammenarbeit mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG), der betroffenen Kommunen sowie Vertretern der regionalen Wirtschaft einen Investitionsplan auf Grundlage der Studie der Universität Potsdam zu entwickeln, um die wirtschaftlichen Potenziale in Ketzin und Rheinsberg zu steigern.[1]

Begründung:

Schlösser wie Paretz und Rheinsberg sind Hauptanlass vieler Reisen in die Region. Durch Umwegrentabilität entsteht eine „überdurchschnittliche regionale Wertschöpfung“, welche kommunale Haushalte stärkt.[2]
Am 12. September 2025 wurde das von der Bundesregierung eingebrachte Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG - Drucksache 21/1085) in erster Lesung beraten: Der drohende finanzielle Kollaps ist die größte Gefahr für die Kommunen. Die Alternative zu einer massiven Neuverschuldung sind die Stärkung der Gemeindefreiheit u .a. durch eine Entlastung in den Pflichtaufgaben und eine Wende in der Migrationspolitik. Es kommt nun darauf an, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten dafür zu sorgen, dass die kreditfinanzierten Mittel zielgerichtet und wirksam zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft eingesetzt werden.

[1] https://www.uni-potsdam.de/de/wirtschaft-transfer-gesellschaft/piw/partnerkreis-studien/spsg-als-wirtschaftsfaktor, Aufruf am 18. Dezember 2025.
[2] Ebd.

Eingegangen: 20.01.2026 / Ausgegeben: 20.01.2026

Der Deutsche Kulturrat hat in einer Pressemitteilung vom 23. Juni 2025 gefordert, Kultur als integralen Bestandteil des Investitionspaketes zu verankern.[3] Im Gesetzentwurf besteht jedoch eine Lücke: § 3 nennt Kultur- und Tourismusinfrastruktur nicht ausdrücklich als förderfähigen Bereich.[4] Damit droht eine Benachteiligung von Regionen, die in besonderem Maße von Kultur und Tourismus leben. Diese Lücke gilt es zu schließen – zumal die Erläuterungen zum Gesetz eine Förderung von Kultureinrichtungen durchaus vorsehen.
Die oben erwähnte Studie der Universität Potsdam im Auftrag der IHK Potsdam belegt die hohe wirtschaftliche Bedeutung der Kultur- und Tourismusinfrastruktur.[5]
Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg fasst Kulturförderung ausdrücklich als Standortpolitik, sie steht dabei beispielhaft für den doppelten Effekt von Kulturerhalt und regionalem Wachstum.“[6]
Die Studie zeigt, dass die Standorte Paretz und Rheinsberg wirtschaftliche Impulse jenseits großer Städte setzen, da sie von Touristen „gezielt angesteuert“ werden. Die Potentiale werden jedoch nicht voll ausschöpft und die Kommunen müssten in „Gastronomie, Erreichbarkeit und touristische Ergänzungsangebote“ investieren.
K. S.*, Direktor der Generalverwaltung der SPSG, kommentierte die Ergebnisse der Uni-Potsdam mit den Worten: „Fast alle unsere Gäste sind mit ihrem Besuch zufrieden oder sogar sehr zufrieden. Damit dies so bleibt, müssen nicht nur das Land Brandenburg und die SPSG, sondern auch die Kommunen investieren. Wenn unsere Schlösser gut erreichbar sind und das touristische Umfeld stimmt, profitieren alle Seiten.“[7]

* anonymisiert gemäß § 5 Absatz 2 Datenschutzordnung

[3] https://www.kulturrat.de/positionen/jetzt-in-kultur-investieren/, Aufruf am 18. Dezember 2025.
[4] Vgl.: https://dserver.bundestag.de/btd/21/010/2101085.pdf, S. 8, Aufruf am 18. Dezember 2025.
[5] https://www.uni-potsdam.de/de/wirtschaft-transfer-gesellschaft/piw/partnerkreis-studien/spsg-als-wirtschaftsfaktor, Aufruf am 18. Dezember 2025.
[6] Ebd.
[7] Ebd.